

## ZUR ROLLE DER GERMANISTIK IN DER INFORMATIONSGESELLSCHAFT

JOHANNES JANOTA

Meine nachfolgenden Ausführungen und Überlegungen\* beruhen auf vielfältigen Erfahrungen, die ich als Vorsitzender des Deutschen Germanistenverbandes seit 1987 in zahlreichen Diskussionen mit Politikern, mit Managern internationaler Konzerne, bei Podiumsdiskussionen mit den Gewerkschaften und auf der Jahrestagung 1990 der Westdeutschen Rektorenkonferenz, bei Tagungen mit Industriemanagern gemacht habe. Auf dieser Grundlage habe ich im Frühjahr 1989 zusammen mit dem Deutschen Romanistenverband und dem Deutschen Anglistenverband in Bonn eine in den Medien vielbeachtete Tagung zum Thema „Sprache—Literatur—Kultur in der Informationsgesellschaft“ organisiert, an der u.a. die Präsidentin des Deutschen Bundestages (Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth), die Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg (Lothar Späth) und von Nordrhein-Westfalen (Johannes Rau) teilnahmen.

Hinter diesen Aktivitäten steht natürlich eine Erscheinung, die man als „Krise der Geisteswissenschaften“ in der Bundesrepublik Deutschland bezeichnet—eine Krise, die allerdings nicht auf Deutschland und auch nicht auf Europa beschränkt ist, sondern alle modernen Industrienationen betrifft. An der Lage der Geisteswissenschaften in Deutschland wird diese Krise allerdings besonders deutlich, weil das internationale Ansehen Deutschlands (auch als Wirtschaftspartner) in der Spitzenstellung der deutschen Geisteswissenschaften im 19. und bis weit ins 20. Jahrhundert hinein gründete. Ihre ansehnliche Leistungsbilanz hat der Tübinger Soziologe Friedrich H. Tenbruck einmal so zusammengefaßt: „Die slawischen Nationalbewegungen lebten vom Geiste Herders; die irische Identität bildete sich an der deutschen Sprachforschung. An der Edition und Deutung Shakespeares, an der Durchdringung der romanischen Kulturen hatten wir einen wichtigen Anteil, dem Neugriechentum hat die Altertumskunde die Brücke zur Antike gebaut. Aber lassen wir unsere Beiträge zur Erschließung der europäischen Sprachen, Literaturen und Kulturen beiseite; halten wir uns an ein so ausgefallenes Feld wie die deutsche Orientalistik. Was wäre die französische Orientalistik ohne Julius Mohl in Paris, was die englische ohne Max Müller in Oxford? Wie wäre es zum Gedanken der *négritude* gekommen ohne Leo Frobenius? In Indien, in China, in der islamischen Welt blieb unser Beitrag zum Selbstverständnis dieser Kulturen lange unvergessen.“

Eine solche stolze Leistungsbilanz läßt natürlich sofort fragen, wie es dann zu einer

---

\* Es handelt sich hierbei um den Text eines Vortrags, den ich an der Hitotsubashi University am 10. September 1990 auf Einladung der germanistischen Abteilung halten durfte. Für diese Einladung, für die intensive Diskussion der Thesen und für deren Abdruck bedanke ich mich auch an dieser Stelle herzlich.

Krise der deutschen Geisteswissenschaften kommen konnte. Die Antwort auf diese Frage ist auf mehreren Ebenen zu suchen. In unserem Zusammenhang will ich nur auf zwei besonders wichtige Aspekte hinweisen. Der eine Gesichtspunkt betrifft die Verbrechen, die vom Nazi-Deutschland ausgegangen sind. Nicht nur wurden in dieser Schreckenszeit alle jüdischen Wissenschaftler, die auch in den Geisteswissenschaften führende Positionen einnahmen, von ihren Professuren vertrieben, ermordet oder aber in die Emigration getrieben. Vor allem verloren die deutschen Geisteswissenschaften ihr öffentliches Ansehen, weil sie sich trotz ihrer internationalen Spitzenstellung nicht offen und vehement gegen das nationalsozialistische Terrorregime gestellt haben. Was nützten da die ausgezeichnetsten Forschungen etwa zu Herder, Schiller oder Hölderlin, wenn deren Humanitätsideale mit Henkersstiefel getreten wurden? Und welchen gesellschaftlichen Sinn sollten die Geisteswissenschaften in Deutschland haben, wenn ihre Vertreter sich zu einem Gutteil der Ideologie dieses Terrorregimes offen anschlossen oder doch als Mitläufer anpaßten? Von diesem tiefen Fall haben sich die Geisteswissenschaften in Deutschland bis heute nicht erholt. Ja: die gesellschaftlichen Zweifel an den Geisteswissenschaften haben durch die Vorgänge während der 40-jährigen DDR-Herrschaft neue Nahrung und Bestätigung gefunden.

Der zweite Aspekt führt in die deutsche Nachkriegsgeschichte. Angesichts des wirtschaftlichen Aufschwungs in der Bundesrepublik fehlte es zunehmend an wissenschaftlich ausgebildeten Kräften, auf die ein rohstoffarmes Land wie die Bundesrepublik besonders angewiesen ist, wenn es auf dem Weltmarkt eine führende Rolle zur Sicherung des eigenen Wohlstands spielen will. Vor diesem Hintergrund traf das Ausrufen der deutschen „Bildungskatastrophe“ durch Georg Picht und Ralf Dahrendorf zu Beginn der 60er Jahre bei den Politikern auf ein offenes Ohr. Landauf und landab erscholl der Schreckensruf: „Wir sinken auf das Niveau eines Entwicklungslandes ab, wenn wir den Anteil der Hochschulabsolventen nicht von 5% auf 30% der Jugendlichen erhöhen.“

Diese Diagnose war im Blick insbesondere auf die Natur-, Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften sicherlich richtig. Die Behebung dieses Mißstandes, die zur heutigen Spitzenstellung der Bundesrepublik als internationaler Industrie- und Wirtschaftsmacht führte, kehrte sich aber sehr schnell gegen die Geisteswissenschaften. Zwar profitierte sie vom großflächigen Ausbau des Gymnasialwesens und von den zahlreichen Universitätsneugründungen in den 60er und 70er Jahren. Aber nachdem dieser Bedarf einmal gedeckt war, offenbarte sich das Desaster der Geisteswissenschaften innerhalb der neuen Bildungspolitik.

Schon zu Beginn der neuen Bildungspolitik wurde von Kritikern darauf hingewiesen, daß die sog. Bildungskatastrophe in Wirklichkeit eine Ausbildungsmisere darstellt. Deswegen liege hier—bewußt oder unbewußt—eine irreführende Begriffsverwechslung von Bildung und Ausbildung vor. Zwar seien die Universitäten als institutionelle Orte der Bildung und Grundlagenforschung stärker als bislang zu fördern, aber die berufsbezogene Ausbildung sei nur über den großzügigen Ausbau des Fachhochschulwesens zu leisten. Wenn man die geplante Ausbildung in die Universitäten verlagere, dann würden diese faktisch zu Fachhochschulen umgewandelt. Und mit dieser Aufgabenstellung könnten sie ihrem ursprünglichen Bildungsauftrag nurmehr in sehr reduzierter Form zum Schaden der Gesellschaft nachkommen. Außerdem könne man einen um das sechsfache gesteigerten Anteil von Absolventen geisteswissenschaftlicher Fächer—etwa der klassischen Philologie—auf Dauer nicht am Arbeitsmarkt unterbringen. Gegen die Horrorszene einer „Bildungs-

katastrophe“ wurde die Horrorprognose eines „akademischen Proletariats“ gestellt, das sich vornehmlich aus Geisteswissenschaftlern rekrutieren würde und von dem man soziale Spannungen und Unruhen befürchten müsse.

Keine unserer politischen Parteien hat diese kritischen Stimmen ernst genommen. Dem Hinweis auf den arbeitslosen Altphilologen, der als Akademiker auf dem Arbeitsmarkt chancenlos sei, wurde die zynische Antwort entgegengehalten, was man denn gegen einen Altphilologen habe, der z.B. als Tankwart in den Ruhepausen seinen Homer oder seinen Vergil im Original lese. Diese Antwort ist m.E. deswegen so zynisch, weil sie weder die reale Arbeitsbelastung eines Tankwarts noch die Lebenszeit eines Menschen ernst nimmt, der mehrere Jahre im Vertrauen auf die Bildungswerbung in das Studium der alten Sprachen investiert hat.

Folgenreicher war die nun einsetzende Diskussion um das Verhältnis von Bildung und Ausbildung. Eine solche Unterscheidung führe doch nur—so das Argument—zu einer Zweiklassenbildung unter den Hochschulabsolventen. Und: ist denn nicht auch eine berufliche Ausbildung eine Bildung? Mit dieser provokanten, auf die Erregung sozialer Neidgefühle zielenden Frage ließen sich Wählerstimmen gewinnen, aber der Kern des Problems wurde damit nicht getroffen. Der Kern des Problems liegt nämlich in der Frage, ob denn ein nicht unmittelbar auf einen Beruf bezogenes Bildungsstudium wie etwa das der alt-japanischen Kultur gesellschaftlich nicht ebenso notwendig ist wie die Ausbildung etwa zu einem Elektroingenieur.

Diese Kernfrage, die an das Selbstverständnis der Gesellschaft rührt, wird zwar von den Politikern bei unverbindlichen Sonntagsreden durchweg zustimmend beantwortet, aber in der praktischen Politik werden daraus keine Konsequenzen gezogen. Im Gegenteil: über Prüfungs- und Studienordnungen werden die geisteswissenschaftlichen Fächer immer stärker zu praxisbezogenen Studiengängen umgeformt. Die philologischen Fächer sollen z.B. eindeutig auf die Vermittlung sprachlicher und schriftlicher Kompetenz (bei den Fremdsprachenphilologien ergänzt um die Landeskunde) reduziert werden. Die Ausformung einer kulturellen Kompetenz etwa im historischen oder ästhetischen Bereich der Philologien nehmen zunehmend eine Stellung am Rande des Studiums ein.

Diese grundlegende Umorientierung mußte die Germanistik mehr als die anderen Philologien, die immerhin auf die Vermittlung sprachlicher und landeskundlicher Kompetenz verweisen können, empfindlich treffen. Und der Schlag war doppelt hart, weil die Studienanfänger—geleitet von der neuen Bildungspolitik—von den Universitäten eine berufsbezogene Ausbildung verlangten. Dies war im herkömmlichen Bereich des Germanistikstudiums, nämlich der Lehrerausbildung, durch die Einrichtung der Fachdidaktik und durch eine Neuordnung der Studienpläne halbwegs zu erreichen (ob immer zum Vorteil des Fachs und seiner Absolventen, sei hier zunächst zurückgestellt).

Damit wurde das Problem aber nur verschärft. Denn trotz der Warnungen der Kultusministerien vor einem Lehrerstudium gab und gibt es (wie von den Kritikern vorhergesagt) erheblich mehr Absolventen in den Lehramtsstudiengängen als freie Stellen an den Schulen. Und wegen der verstärkt berufsbezogenen Ausbildung waren die arbeitslosen Absolventen noch schwerer als bisher im außerschulischen Bereich (Industrie, Wirtschaft, Verwaltung) zu vermitteln als bisher.

Angesichts dieser kritischen Situation gab es unterschiedliche Reaktionen: der Staat bot über die Arbeitsämter und andere Ausbildungsstätten Umschulungskurse etwa im

Bereich der Datenverarbeitung, der Programmierung oder im Vertrieb an, in Bereichen also, die mit dem Studium nichts zu tun hatten. Um diesem fragwürdigen Zustand abzuhelpfen, reagierte ein Teil der Hochschulgermanisten in Verbindung mit den außerschulischen Arbeitgebern mit der Entwicklung und dem Angebot von berufsbezogenen Zusatzqualifikationen (vor allem im Computerbereich), von Aufbaustudiengängen (etwa Deutsch als Fremdsprache, Literaturkritik, Buchkunde, Editionsmethodologie), von praxisorientierten Studiengängen (Deutsch als Fremdsprache bzw. Zweitsprache, Medienwissenschaften, Erwachsenenfort- und weiterbildung)—alles Angebote, die im Gegensatz zu den staatlichen Umschulungskursen wenigstens noch einen Zusammenhang mit dem Germanistikstudium herkömmlicher Art hatten.

Die Studierenden schließlich reagierten dadurch, daß sie diese universitären Zusatzangebote aufgriffen, oder aber daß sie sich (und das waren angesichts der schlechten Chancen, als Deutschlehrer an den Schulen unterzukommen, teilweise bis zu 80% der Studienanfänger) gleich für ein Magisterstudium entschlossen. Um ihre späteren Berufschancen zu steigern, wählten sie seltene Fächerkombinationen, von denen sie hofften, daß sie für Wirtschaft und Industrie attraktiv wären; so etwa: Germanistik+1 Fremdsprache+1 berufsbezogenes Fach wie Wirtschaftswissenschaften, Jura, Ingenieurwissenschaft.

Die Resultate dieser Entwicklung sind nicht ermutigend: Durch die Zunahme der Studentenzahlen sind die ehemals seltenen Fächerkombinationen heute gar nicht mehr so selten; entsprechend sinken die Berufsaussichten für solche Fächerkombinationen. Sie sinken aber auch deswegen, weil durch die Kombination weit auseinanderliegender Fächer, aber auch durch die Zusatz- und Aufbaustudiengänge zum Mißfallen der Arbeitgeber die Studienzzeit z.T. erheblich verlängert wird. (Auch die hohe Zahl von Studienabbrechern, die diesen Anforderungen nicht gewachsen sind, erklärt sich teilweise aus den heterogenen Fächerkombinationen.)

Am schwerwiegendsten sind aber die Bedenken, ja Widerstände aus dem Wirtschafts- und Industriemanagement, das diese Entwicklung zur praxisnahen Ausbildung in den Geisteswissenschaften ursprünglich gefordert und gefördert hat. Dabei schrecken nicht nur die eben genannten überlangen Studienzeiten. Vor allem hat man die Erfahrung gemacht, daß ein philologisch gut ausgebildeter Germanist durch betriebsinterne Trainee-Programme viel effizienter in die betriebsspezifischen Arbeiten eingewiesen werden kann als dies durch ein praxisorientiertes Fachstudium möglich ist. Weiterhin zeigt sich zunehmend, daß ein intensives philologisches Fachstudium eine geistige Flexibilität und Mobilität erwarten läßt, die durch die betriebsinternen Trainee-Programme je nach Anforderungen des Betriebs inhaltlich gefüllt werden können. Und schließlich wird die Fähigkeit gut ausgebildeter Germanisten zur Innovation hervorgehoben, also das Vermögen, über den „Tellerrand“ hinauszusehen.

Diese veränderte Einschätzung der Geisteswissenschaften und damit auch der Germanistik, die sich seit gut 1 Jahr zunächst in den Industriekonzernen abzuzeichnen beginnt, erhält in jüngster Zeit eine kräftige Unterstützung durch die seit der Katastrophe von Tschernobyl wachsende Skepsis in unserer Gesellschaft gegenüber den neuen Technologien von der Informations- über die Gen- bis zur Atomtechnologie. Weder der Aufbau der atomaren Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf noch die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters in Kalkar ließen sich gesellschaftlich durchsetzen, obwohl allein in diese beiden Projekte zweistellige Milliardenbeträge investiert worden sind. Diese beiden Prestige-

projekte sind nur die Spitze des sprichwörtlichen Eisberges. Heute ist es so, daß in der Bundesrepublik die Entwicklung einer neuen Technologie oder weitreichender technischer Neuerungen unweigerlich vom Protest besorgter Bürger begleitet wird. Zu ihrem Schaden glaubte die Industrie, dabei handle es sich um modische Begleiterscheinungen, die sich bald von selbst erledigen würden.

Hier setzte die Akzeptanzdiskussion ein, die plötzlich (vor allem bei den Politikern, aber auch bei Vertretern der Industrie) zu einem neuen Interesse an den Geisteswissenschaften führte. Sie sollten dazu beitragen, der Bevölkerung die Angst vor den neuen Technologien zu nehmen; durch die Geisteswissenschaften sollten die neuen Technologien gesellschaftlich akzeptabel werden. Diese kaltschnäuzige Indienstnahme der Geisteswissenschaften als Akzeptanzwissenschaften wurde von den Geisteswissenschaften einhellig als eine unerträgliche Zumutung mit allem Nachdruck zurückgewiesen.

Gleichwohl witterten einige Geisteswissenschaftler angesichts dieses neuen Interesses an ihren Fächern sozusagen Morgenluft. Ausgerechnet ein Philosoph, nämlich Odo Marquard in Gießen, glaubte mit seiner Kompensationstheorie die Unvermeidlichkeit der Geisteswissenschaften in der technologisch bestimmten Welt nachweisen zu können: Die Geisteswissenschaften „sollen die von den Naturwissenschaften und der Technologie verursachten Modernisierungsschäden kompensieren—indem sie erzählen. . . Sensibilisierungsgeschichten sollen versuchen, die Entzauberung der modernen Welt durch die Ersatzverzauberung des Ästhetischen zu begrenzen. Bewahrungsgeschichten sollen die beschleunigte Versachlichung und Entgeschichtlichung der Welt abfedern. Orientierungsgeschichten sollen ein wenig warmen Lampenschein ins Dunkel der Desorientierung tragen, damit die Menschen nicht an narrativer Auszehrung sterben“ (Henning Krauß anlässlich der Eröffnung der o.g. Bonner Tagung).

Auch dieses Verständnis der Geisteswissenschaften als Kompensationswissenschaften ist von den Geisteswissenschaften, aber schließlich auch von den Politikern wie von den Industriemanagern als eine völlig falsche Rollenzuweisung an die Geisteswissenschaften zurückgewiesen worden. Gleichzeitig hat aber gerade diese intensive Debatte neu nach der gesellschaftlichen Funktion der Geisteswissenschaften fragen lassen. Neu daran ist, daß sich leitende Vertreter der Industrie an dieser Diskussion beteiligen und daß sie den Geisteswissenschaften, unter ihnen besonders den Philologen durchaus positive Aspekte abgewinnen.

Eine wesentliche Rolle spielt dabei das Verständnis unserer Gesellschaft als einer Informationsgesellschaft. Dieser insbesondere vom ehemaligen Ministerpräsidenten Lothar Späth in die Diskussion eingebrachte Begriff geht von den tiefgreifenden gesellschaftlichen Neuerungen aus, die durch die neue Informationstechnologie bedingt sind. Sie erlaubt es, gigantische Datenmengen zu sammeln und zu verarbeiten, sie abzurufen und immer wieder neu zu kombinieren. Die innovatorischen Möglichkeiten, die sich auf diese Weise eröffnen, die Möglichkeit zum schnellen und durch Daten abgesicherten Handeln, die Verkleinerung irrationalen Handelns, das rasche Eindämmen dennoch auftretender Risiken, also die Schritt für Schritt zunehmende Rationalität und Kalkulierbarkeit aller Vorgänge, Prozesse und Handlungen—das sind einige charakteristische Momente, die zur Ausformung eines neuen Selbstverständnisses unserer Gesellschaft als Informationsgesellschaft beitragen sollen.

Dieser visionäre Entwurf stieß zunächst auf eine breite Resonanz. Zunehmend wird

aber inzwischen die Kritik der Geisteswissenschaftler an diesem Entwurf ernst genommen. In unserem Zusammenhang gehe ich nicht auf die kritischen Einwürfe ein, daß in einer so verstandenen Informationsgesellschaft die Privatsphäre des Individuums als Grundlage für ein menschenwürdiges Leben letztlich beseitigt werde und daß durch das Zurückdrängen und schließliche Ausklammern von Emotionalität im menschlichen Beurteilen und Handeln das Fundament der Menschenwürde systematisch zerstört wird.

Diese fundamentale Kritik ist m.E. richtig. Dennoch will ich Ihre Aufmerksamkeit auf einen weiteren Aspekt lenken, weil sich daraus eine Aufwertung insbesondere der Philologien durch die Industrie und Wirtschaft ergibt. Man hat nämlich nach der ersten Euphorie bei der Verwendung der neuen Informationstechnologien rasch bemerkt, daß die schier unendlich scheinende Menge leicht abrufbarer Informationen eine zentrale Gefahr in sich birgt: Die spezifische Bedeutung der einzelnen Informationen und deren Funktion für das Ganze wird immer weniger durchschaubar. Einzelne Informationskomplexe werden nurmehr von einem immer engeren Kreis von Spezialisten einigermaßen verstanden; diese Spezialisten stehen anderen Informationsmengen aber hilflos gegenüber. Für die Mehrheit der Empfänger ist also die Mehrzahl der Botschaften nur teilweise oder gar nicht deutbar. Deshalb werden alle Informationen zunehmend gleich-gültig im Doppelsinne des Wortes: nämlich gleichwertig und bedeutungslos und damit schließlich wertlos.

Am Beispiel der Lexikographie läßt sich dieses Problem mit aller Deutlichkeit illustrieren. Die elektronische Datenverarbeitung hat der Lexikographie eine neue Dimension erschlossen, die sie für die Verlage zunehmend interessant und lukrativ macht. Zunächst nur als nützliches Hilfsmittel zur Bewältigung kaum übersehbarer Datenmengen dankbar begrüßt, verselbständigt sich die computergestützte Lexikographie in den Verlagen zunehmend: je nach Benutzerkreis erscheinen immer neue maschinell hergestellte Lexika. Sie schmücken sich zwar mit dem Anspruch der Aktualität, aber sie ordnen Bedeutungsvarianten nur mangelnd differenziert hintereinander. Lexikographisch forschende Wissenschaftler können sehr schnell nachweisen, daß bei den Bedeutungs-differenzierungen die kulturellen Kontexte und der unentwegte Sprachwandel nicht die notwendige Berücksichtigung finden. Hier müssen die maschinell gesammelten Datenmengen durch Philologen semantisch differenziert und strukturiert werden, um zu leistungsfähigen Lexika zu kommen.

Was ich hier für die computergestützte Lexikographie illustriert habe, wird in allen Bereichen zunehmend ein Problem. Politiker klagen, daß die von der Bundesregierung mit hohen Geldmitteln eingerichteten Datenbanken für fachspezifische Informationen—von Ausnahmen abgesehen—nicht im erwünschten Umfang benützt werden. Das Problem liegt m.E. darin, daß trotz aller Suchprogramme die abgefragten Daten zu undifferenziert sind; daß die Datenmengen immer nur in Teilbereichen von Spezialisten verstanden und richtig interpretiert werden; daß eine Gesamtdeutung der Informationsmenge nur schwer oder überhaupt nicht erreichbar ist, weil innovationshemmende Kommunikationsprobleme zwischen den Spezialisten auftreten. In vielfach gesteigerter Form zeigt sich dieses Problem in den Forschungsabteilungen großer Industriebetriebe und in den Planungsabteilungen der Wirtschaftskonzerne. Allenthalben ertönen Klagen über fundamentale Kommunikationsprobleme, über mangelnde Deutungskompetenz angesichts komplexer Informationsmengen.

Hier erinnert man sich nun plötzlich der Philologien. Und zwar der Philologien in ihrer herkömmlichen hermeneutischen Ausrichtung, nicht der seit einigen Jahren ausgebildeten Fachsprachenspezialisten, deren technische Übersetzungskompetenz man schätzt, die

aber der skizzierten Problematik offenkundig aufs ganze gesehen nicht gewachsen sind. Gefragt sind vielmehr Philologen, die es gelernt haben, Texte interpretatorisch aufzuschließen, die schwer zugänglich sind, weil sie historisch verfremdet oder—wie etwa die Poesie—komplex codiert und strukturiert sind. D.h. vor allem die Literarhistoriker und Literaturwissenschaftler können sich in überraschender Weise eines neuen Interesses erfreuen, nachdem man sie lange als nutzlose Diskussionswissenschaften abqualifiziert hat.

Auch dafür ein Beispiel, das kein Einzelfall ist: eine Germanistikstudentin erhielt in einem internationalen Elektronikkonzern eine Stelle zur Verbesserung der Kommunikation zwischen einzelnen Arbeitsgruppen gegen die harte Konkurrenz von Bewerbern, die sich auf dem Gebiet der Fachsprachen spezialisiert hatten. Der Fall ist deswegen so aufschlußreich, weil die Studentin ihre ausgezeichnete Magisterarbeit über eine spätmittelalterliche Sammlung mystischer Texte geschrieben hatte. Die Begründung des einstellenden Personalchefs: Wer eine solch schwierige, uns heute nur schwer zugängliche Materie interpretatorisch verständlich machen kann, der wird auch mit unseren innerbetrieblichen Kommunikationsproblemen fertig. Wir sind bereit, dieser Bewerberin die notwendigen Fachkenntnisse in einem Trainee-Programm zu vermitteln.

Mit dieser neuen positiven Einschätzung der Philologien in ihrer traditionellen Ausrichtung wird neuerdings auch das vorhin bereits angesprochene Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz bei den neuen Technologien diskutiert. Obwohl diese Diskussion erst begonnen hat und noch keine vorzeigbaren Ergebnisse aufweisen kann, erscheint mir doch der Argumentationsansatz interessant zu sein. Denn hier sollen die Geisteswissenschaften nicht dazu mißbraucht werden, die Vorbehalte und Ängste gegenüber den neuen Technologien abzubauen, um diese gesellschaftlich akzeptabel zu machen. Vielmehr wird überlegt, ob man Geisteswissenschaftler nicht schon an der Produktplanung und -entwicklung beteiligen soll, um bereits in diesem Anfangsstadium auf mögliche Akzeptanzprobleme und daraus resultierende Investitionsrisiken aufmerksam gemacht zu werden.

Dieser Frageansatz rührt an das Thema der sog. Technikfolgeabschätzung bzw. an die Ausbildung einer Wirtschafts- und Technikethik mit der gewichtigen Frage, ob denn alles gemacht werden darf, was gemacht werden kann. Die bislang hierzu vorgelegten Konzepte werden von der Wirtschaft und Industrie nicht akzeptiert, weil sie einem Sukzessionsmodell folgen: die Techniker entwickeln und danach wird von Nichttechnikern beurteilt, ob das neu entwickelte Produkt auch produziert werden darf. Bei den hohen Kosten, die heute bei Neuentwicklungen oft über viele Jahre hinweg anfallen, können sich selbst finanzstarke Konzerne ein solches Vorgehen nicht leisten.

Gefragt wird daher, ob nicht u.a. die Philologen, die an der Behebung von Kommunikationsproblemen und bei der Interpretation komplexer Informationsmengen mitarbeiten, von sich aus laufend das Problem der gesellschaftlichen Akzeptanz bei ihrer Arbeit thematisieren. Dahinter steht keinesfalls die Vorstellung, daß Philologen moralischer seien als etwa Ingenieure oder Naturwissenschaftler. Vielmehr erinnert man sich daran, daß die Philologien, die mit der Sprache und der Literatur das Langzeitgedächtnis der Menschheit pflegen, ein zentraler Bestandteil der Humanwissenschaften sind, der **humanities**, der **sciences humaines et politiques**, wie die Geisteswissenschaften treffend im Englischen bzw. im Französischen bezeichnet werden. In der Literatur vor allem, in der sich Rationalität, Emotionalität und Imagination ineinander verschränken, stößt der Philologe unetwegt auf vorwegnehmende Szenarien, in denen die Labilität, die Fragwürdigkeit, die Gefahren, die ungeahnten Folgen

menschlichen Handelns dargestellt werden. Diese literarische Erfahrung führt nicht automatisch zu einer besseren Moral, sie kann aber die Sensibilität gegenüber den Risiken menschlichen Handelns nachhaltig fördern. Ich halte es für bemerkenswert, daß solche Überlegungen im Management der großen Betriebe heute nicht mehr mit leichter Hand einfach beiseitegeschoben, sondern ernsthaft diskutiert werden.

Welche konkreten Arbeitsplatzmöglichkeiten sich aus solchen Überlegungen für Germanisten und andere Philologen ergeben, muß sich noch zeigen. Ich sehe meine Aufgabe auch nicht darin, irrealer Konzepte zu entwickeln; reale Angebote können m.E.—freilich in Zusammenarbeit mit den Philologien—nur von den Firmen selbst vorgelegt werden. Ich wollte Ihnen vielmehr den Diskussionsstand skizzieren, auf dem z.Zt. in der Bundesrepublik die Rolle der Germanistik, der Philologien und überhaupt der Geisteswissenschaften in Industrie und Wirtschaft diskutiert wird. Dabei ist es aufschlußreich, daß neben der praxisorientierten Ausbildung in der Germanistik (etwa Computerlinguistik oder Fachsprachenkompetenz) neuerdings die traditionelle Ausrichtung der Germanistik als hermeneutische, als kulturelle und als gesellschaftliche Disziplin gefragt ist.

In diese Richtung gehen übrigens bestimmte Tendenzen, die mit den aktuellen politischen Veränderungen in Deutschland zusammenhängen. Die eine Entwicklung betrifft die Vereinigung der BRD und der DDR, die sich in diesen Tagen vollzieht. Hier wachsen der Germanistik als Nationalphilologie neue Aufgaben bei der Ausformung einer nationalen Identität zu. Wenn hierbei nicht die Gefahren eines neuen Chauvinismus auftauchen sollen, dann muß die Germanistik vor allem eine kritische Position einnehmen. Sie muß mit allen Kräften daran mitarbeiten, daß im vereinigten Deutschland das kulturelle Erbe nicht wieder zur Begründung eines Herrschaftsanspruchs mißbraucht wird. Hier tragen wir Germanisten eine gesellschaftliche Verantwortung; und hier sind wir auf die kritische Hilfe der Auslandsgermanistik angewiesen.

Die anstehende Aufgabe wird erleichtert, z.T. aber auch erschwert durch die zweite tiefgehende politische Veränderung, nämlich durch die anstehende Öffnung der europäischen Nationen zu einer europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Diese Öffnung ist (nicht nur) in der Bundesrepublik angstbesetzt; denn man fürchtet den Verlust der nationalen Identität. Anders als in den USA umfassen die europäischen Nationen historisch gewachsene Kulturen, die nicht einfach in einen europäischen Schmelztiegel eingeschmolzen werden können und dürfen. Dieser europäische Einigungsprozeß ist für Deutschland besonders schwer, weil es seine nationale Identität nach der deutsch-deutschen Vereinigung erst ausbilden, sie aber gleichzeitig in die Konkurrenz der nationalen Identität innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft einbringen muß: denn nur selbstbewußte Partner können aufeinander zugehen. Gelingt dieser schwierige Prozeß, dann ist die Gefahr eines chauvinistischen Nationalbewußtseins gebannt. Ich brauche nicht eigens zu erläutern, welche große Aufgabe sich auch hier für die deutsche Germanistik stellt.

Erlauben Sie mir zum Abschluß noch einige kurze Hinweise, die sich aus meinen Darlegungen für die Auslandsgermanistik ergeben könnten. Im Vordergrund wird hier natürlich zunächst die Vermittlung der Sprachkompetenz und des landeskundlichen Wissens stehen. Die Auslandsgermanistik muß also auf weiten Strecken praxisorientiert arbeiten. Aber im Blick auf die neue Einschätzung der Germanistik in der Bundesrepublik, bei der die philologische und kulturelle Komponente des Fachs wieder eine zentrale Bedeutung erhält, sollte sich die Auslandsgermanistik nicht in einer praxisnahen Ausbildung erschöpfen. Mit

anderen Kollegen gebe ich—wenn Sie mir dies gestatten—vor allem den Hochschullehrern zu erwägen, ob nicht die literarische Übersetzungstätigkeit intensiviert werden könnte. Dabei handelt es sich ja um eine sehr anspruchsvolle Arbeit, bei der ein Leser von einem in einen anderen Kulturkreis über-gesetzt wird. Die Erfahrung der Fremde, die hierbei vermittelt wird, ist sicher nicht zum Schaden von Industrie und Wirtschaft, die so großen Wert auf geistige Flexibilität und Mobilität legen.

Wichtiger noch als solche Anwendungsfragen ist mir jedoch, daß durch eine sich wieder stärker historisch-philologisch, kulturell und gesellschaftsbezogen verstehende Germanistik mit Nachdruck darauf verwiesen wird, daß sich das Leben der Menschen nicht in wirtschaftlichen Erfolgsbilanzen erschöpft. Wenn wir als Germanisten unseren Beitrag für ein lebenswertes Leben leisten, dann sind wir und ist unser Fach gesellschaftlich bestens legitimiert—in Deutschland ebenso wie in Japan.

UNIVERSITÄT AUGSBURG